

Die Realismus-Achse der Zukunft

Maurer, Leuthard, Widmer-Schlumpf: Im Bundesrat gibt es eine Konstellation des Pragmatismus



Ueli Maurer (SVP), Doris Leuthard (CVP) und Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) verstehen sich gut – und gewinnen gegenüber den anderen vier Magistraten an Einfluss.

Die amtsjüngsten Bundesräte gewinnen an Gewicht. Ueli Maurer und Eveline Widmer-Schlumpf nähern sich an. Auch Doris Leuthard bewegt sich.

VON OTHMAR VON MATT

Pascal Couchepin, Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz werden – bis spätestens 2011 – zurücktreten. Und Micheline Calmy-Rey ist in der Regierung politisch eine Outsiderin.

Die Zukunft gehört dem Trio Eveline Widmer-Schlumpf, Ueli Maurer und Doris Leuthard. Sie bilden die Achse der

Zukunft, die sich durch Pragmatismus und Realismus auszeichnet. Schon heute, sagt ein Insider, arbeiten die drei punktuell pragmatisch und erfolgreich zusammen. Mal Widmer-Schlumpf mit Maurer, wie etwa in der Frage der Piraterie vor der Küste Somalias. Mal Leuthard mit Maurer, wie etwa – indirekt –, wenn sie Probleme der Regierung in der Krise thematisieren.

ZUNEHMEND PRÄGEND für die Regierung könnte die Verbindung Maurer/Widmer-Schlumpf werden. Die beiden seien in 75 bis 80 Prozent aller Fälle gleicher Meinung, ihre Grundausrichtung sei

dieselbe. Das Verhältnis der beiden habe sich nach den heftigen SVP-Attacken, die Ueli Maurer als Parteipräsident geritten hatte, «einigermaßen normalisiert», halten Eingeweihte fest.

KENNER TRAUEN VOR ALLEM Maurer zu, dass er innerhalb von zwei Jahren zu einer prägenden Figur der Regierung werden könnte – wenn er so geschickt weiterfährt wie bisher. Maurer ging seine Tätigkeit in der Gesamtregierung sachte, konziliant und konstruktiv an. «Er tritt politisch sehr vorsichtig und wohlloziert auf», sagt ein Insider. Und er überrascht seine Kollegen mit wertvollen Er-

gänzungen, an die diese nicht gedacht hatten. In der Krise um den Finanzplatz etwa konzentrierten sich die Bemühungen zunächst fast vollständig auf das Finanzdepartement und die Aussenpolitik (Justiz und Diplomatie).

Maurer hat nun die innenpolitische Komponente eingebracht, die zuvor vergessen gegangen war. Er verlangte eine Strategie, welche Gegenforderungen an die Verhandlungspartner aufbaut, wie der «Blick» schreibt. Und er beantragte einen Bericht, der die Auswirkungen der Aufhebung des Bankgeheimnisses für Ausländer aufzeigt. Der Bundesrat folgte ihm – einstimmig.

«Die Bundesräte driften in alle Richtungen»

SVP-Fraktionschef Caspar Baader kritisiert die Regierung, warnt eindringlich – und fordert eine Gesamtstrategie zur Wahrung der Interessen der Schweiz

VON OTHMAR VON MATT

Herr Baader, hat die Schweiz eine Führungskrise?

Caspar Baader: Das hat sie. In der Hochkonjunktur ist es einfach zu führen, in der Krise sehr viel schwieriger. Jetzt ist Führungsstärke gefragt. Ich habe den Eindruck, der Bundesrat lässt sich treiben wie ein Schiff auf dem Meer, das die Segel nicht gesetzt hat.

Es fehlt eine Strategie?

Der Bundesrat muss endlich aufhören, sich ständig dem internationalen Druck zu beugen und Pflasterlipolitik zu betreiben, indem er jetzt einzelsprungweise mit den USA und anderen Ländern neue Doppelbesteuerungsabkommen abschliesst. Zuerst muss er eine Gesamtstrategie zur Wahrung der Interessen der Schweiz erarbeiten, bevor er sich auf neue Verhandlungen einlässt.

Hätte er das nicht längst tun müssen? Natürlich. Wir haben in der Schweiz vier Krisen: eine Wirtschafts-, eine Banken- und eine Bankgeheimniskrise. Dazu kommt eine Führungskrise. Was die Wirtschaftskrise betrifft, war der Bundesrat noch bis letzten Herbst der Meinung, sie existiere gar nicht. Doris Leuthard sagte noch laut «Blick» vom 17. September: «Derzeit sind nach wie vor keine konkreten Hinweise auf die Rezession sichtbar.» Fakt ist: Wir fielen in eine tiefe Rezession. Das sah man bereits im letzten Sommer kommen. Der Bundesrat erkannte das Problem aber nicht.

Indirekt sagen Sie: Leuthard ist eine Schönwetter-Wirtschaftsministerin.



Caspar Baader attackiert Bundesrat.

Das kommt mir so vor. Nur: Für die Führung in der Krise ist nicht nur eine Departementsvorsteherin alleine zuständig. Dies ist Aufgabe des Gesamtbundesrates.

Und wie hat die Regierung in der Bankenkrise reagiert?

Vor allem dank der Nationalbank erkannte sie rechtzeitig, dass mit der UBS ein Problem von volkswirtschaftlicher Bedeutung auf uns zukam. Doch in diesem Bereich fehlt für mich die Planung für die Zukunft.

Was sprechen Sie an?

Die Rezession ist noch lange nicht ausgestanden. Trotzdem darf es keinen zweiten Fall UBS mehr geben. Das Klumpenrisiko unserer Grossbanken für unsere Volkswirtschaft ist zu reduzieren. Diese müssen durch strukturelle Anpas-

sungen verkleinert werden. Ich habe aber keinerlei Indizien dafür, dass der Bundesrat dieses Problem angeht.

Die Schweiz hätte ein ernsthaftes Problem?

Ja, der Bundesrat hat dem internationalen Druck nachgegeben und will die Amtshilfe bei Steuerhinterziehung ausdehnen. Als Folge wird weiteres Geld abfließen. Das wird bei den Banken zu weiteren Liquiditätsengpässen führen.

Damit wären wir bei der Bankgeheimniskrise.

Hier ist für mich die Führungsschwäche am offensichtlichsten.

Staatssekretär Michael Ambühl sagte: Alle waren gewarnt.

Der Bundesrat wusste bereits im Sommer 2008 von den Amtshilfesuchen der USA. Damals war Pascal Couchepin als Bundespräsident verantwortlich. Er erkannte die Brisanz nicht, sonst hätte er eine Abwehrstrategie erarbeiten lassen, begleitet von diplomatischen Aktivitäten. Stattdessen knickte die Regierung unter dem Ultimatum der USA ein und gab der Finma am 18. Februar in letzter Minute grünes Licht zur Herausgabe der UBS-Daten. Seither liess sich der Bundesrat erneut von der ausländischen Drohung erpressen, die Schweiz würde auf eine schwarze Liste gesetzt. Panikartig stimmte er der Ausweitung des Informationsaustausches zu. Dabei könnte die OECD die Schweiz nur durch einstimmigen Beschluss auf diese Liste setzen. Inzwischen driften die Bundesräte wie nach einem Bom-

beneinschlag unkoordiniert in alle Richtungen.

Wie zeigte sich das?

Hans-Rudolf Merz beteuerte noch vor zwei Wochen, das Bankgeheimnis müsse aufrechterhalten werden. Und schon am 13. März beantragte er die Ausdehnung des Informationsaustauschs. Eveline Widmer-Schlumpf flog in aller Eile schlecht vorbereitet in die USA. Sie konnte nicht einmal den Justizminister treffen und verkündete die verheerende Wortschöpfung «grobe Steuerhinterziehung». Das war nicht abgesprochen. Pascal Couchepin ist abgetaucht, obwohl der Ursprung des Problems in seiner Präsidentschaft liegt.

Und die anderen Bundesräte?

Doris Leuthard ist Vizepräsidentin der OECD. Statt sich über die schwarze Liste zu beklagen, hätte sie rechtzeitig den Kontakt mit der OECD pflegen müssen. Und Micheline Calmy-Rey zitierte für die Galerie den deutschen Botschafter. Nur entspricht das nicht ihrem innersten Willen. Sie und die SP wollen das Bankgeheimnis aufheben.

Hat die Situation damit zu tun, dass verschiedene Bundesrats-Rücktritte im Raum stehen?

Der Bundesrat ist in seiner heutigen Zusammensetzung ein Gremium von Personen, die vor allem an sich und ihr politisches Überleben denken. Sie wollen auch im Ausland nicht anecken. Dabei braucht es in Krisen Rückgrat und Stabilität. Wenn sich Bundesräte nicht in der Lage fühlen, eine Gesamtstrategie

zur Verteidigung der Interessen der Schweiz zu entwickeln, sollen sie bitte zurücktreten.

Was soll die Gesamtstrategie enthalten, die Sie fordern?

Als Erstes müsste der Bundesrat einmal sämtliche laufenden bilateralen Verhandlungen mit der EU sistieren, bis diese unser Steuersystem anerkennt. Zweitens drohen bei einer Ausweitung des Informationsaustausches zusätzliche Gelder aus der Schweiz abzufließen. Bevor überhaupt über eine solche Ausweitung verhandelt werden darf, sind die finanziellen Konsequenzen und die Zahl des Verlustes an Arbeitsplätzen abzuschätzen. Zudem hat der Bundesrat dem Parlament vorgängig Vorlagen zu unterbreiten, wie der unserem Finanzplatz drohende Verlust an Marktanteilen kompensiert werden kann – beispielsweise durch Anreize zur Rückführung von auf die Kanalseln oder die Bahamas abgewanderten Schweizer Geldern.

Woran denken Sie?

An die Aufhebung der Stempelsteuer, der Emissionsabgabe, an eine weitere Unternehmenssteuerreform und an eine allgemeine Steueramnestie. Auch für das Problem der ausländischen Holding- und Domizilgesellschaften benötigen wir eine Abwehrstrategie. Für den Fall, dass die Situation eskaliert, sollte sich der Bundesrat auch ernsthaft Retorsionsmassnahmen überlegen. Es ist etwas vom Dümmsen, in einer Krise einfach dem Druck nachzugeben. Einmal erpressbar, immer erpressbar. Die Regierung ist – leider – umgefallen und eingeknickt.

Regli will Sicherheits-Rat

Ex-Geheimdienst-Chef: «Gefährlichste Herausforderung»

PETER REGLI, der ehemalige Geheimdienst-Chef, ist beunruhigt. «Die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die gefährlichste Herausforderung für unser demokratisches Rechtssystem dar, die ich in meinen 64 Jahren bisher erlebt habe», sagt er. Und stellt ernüchtert fest: «Unsere Regierung ist diesen komplizierten Szenarien nicht gewachsen.» Sie bestehe aus «sieben Eiskunstläufern, die zu ihrer eigenen Musik auch ihre eigenen Pirouetten» drehen. Da sei kein Eishockeyteam am Werk, das um den Verbleib in den Playoffs kämpfe.

DESHALB PLÄDIERT Regli für einen nationalen Sicherheitsrat, den die Regierung klar auf «die strategische Ebene» ausrichten müsste. Für Regli soll er den heutigen Sicherheitsausschuss ersetzen. «Dieser Sicherheitsrat sollte sich prospektiv mit der Gesamtlage auseinandersetzen», sagt Regli. Für den Ex-Geheimdienst-Chef war unmittelbar «nach dem unfreundlichen Angriff der deutschen Behörden auf Liechtenstein» eines klar: Dass der Bundesrat eine Task-Force hätte einsetzen müssen. Denn ein Finanzangriff gehört für ihn zu den modernen Bedrohungen eines Staates – neben der Informationskriegsführung, dem islamischen Extremismus und der organisierten Kriminalität. (ATT)